

**II=4462 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode**

**Nr. 2175 J**

**1982 -10- 25**

**A N F R A G E**

der Abgeordneten DR. FRISCHENSCHLAGER, GRABHER-MEYER  
an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend diplomatische Schritte im Zusammenhang mit dem  
geplanten Kernkraftwerk Rosenheim-Nord

Nach vorliegenden Informationen wird der Plan, das bisher größte Kernkraftwerk des Freistaates Bayern in Rosenheim - also nur 27 km von der österreichischen Staatsgrenze entfernt und damit in unmittelbarer Nachbarschaft Salzburgs - zu errichten, seit einiger Zeit mit allen Mitteln vorangetrieben. Abgesehen davon, daß der Bau grenznaher Kernkraftwerke aus allgemein bekannten grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen ist, sieht das in Rede stehende Projekt eine Anlage vor, die nach ihrer Fertigstellung viermal so groß wäre wie das von der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung abgelehnte Kernkraftwerk Zwentendorf.

Salzburg und Oberösterreich sind von dem gegenständlichen Vorhaben insoferne besonders betroffen, als diese beiden Bundesländer in der Hauptwindrichtung des südbayrischen Raumes liegen. Neben den großen Gefahren, die sich aus möglichen Reaktorschäden ergeben, fällt hier auch der Umstand ins Gewicht, daß sich als Folge der Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes in Rosenheim das Innwasser um ca. 2° erwärmen würde, was nach Ansicht von Fachleuten nicht wiedergutzumachende ökologische Auswirkungen hätte.

- 2 -

Angesichts dieses überaus besorgniserregenden Sachverhaltes richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1. Hat sich Ihr Ressort bereits alle im Zusammenhang mit dem Rosenheimer Kernkraftwerksprojekt erforderlichen Informationen und Unterlagen verschafft?
2. Welche Schritte wurden diesbezüglich vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten bisher gesetzt?
3. Was wird weiterhin unternommen werden, um die Verwirklichung des genannten Vorhabens in Wahrnehmung vorrangiger österreichischer Umweltschutzinteressen abzuwenden?